



PROTOKOLL

**der Sitzung des Auslandschweizerrates
vom 20. August 2010, von 09.00 bis 16.45 Uhr
im Kantonsratssaal, Regierungsgebäude, St. Gallen**

TRAKTANDEN

1. Feststellung der Stimmberechtigung / Quorum
2. Protokoll der Sitzung vom 27. März 2010
3. Bericht des Präsidenten
4. Skizze zu einem Gesetz für die Auslandschweizer
5. Direktwahl des ASR
6. Verfahrensordnung des ASR
7. Schweizer Revue
8. SwissCommunity
9. Aktuelle Stunde
10. Auslandschweizer-Kongress 2011 – Wahl des Themas
11. Anerkennung von Schweizervereinen
12. Verschiedenes

Die Traktanden wurden in folgender Reihenfolge behandelt: 1, 2, 3, 5, 6, - Lunch - 4, 7, 8, 9, 10, 11, 12

Der Präsident, Jacques-Simon Eggly, heisst die Anwesenden willkommen. Er begrüsst die Ehrenpräsidenten Georg Stucky und Jean-Jacques Cevey sowie die Repräsentanten des EDA, Jean-François Lichtenstern und Brigitte Reich. Ebenfalls freut er sich über die Anwesenheit der Parlamentsvertreter Thérèse Meyer-Kaelin, Filippo Lombardi, Carlo Sommaruga und André Reymond sowie des ehemaligen Parlamentariers Yves Guisan. Er begrüsst im Speziellen Brigitta Blaha, Leiterin der Auslandsösterreich-Abteilung im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, Wien, sowie Walther Locher, Kantonsratspräsident St. Gallen.

Herr Locher begrüsst die Ratsmitglieder in seiner Funktion als Hausherr und freut sich, dass der Auslandschweizererrat nach 18 Jahren erneut in St. Gallen tagt. Er erklärt, dass die Stadt St. Gallen seit jeher eine wichtige Textil- und Handelsstadt ist. Dies auch dank der vielen Bürger, die ins Ausland zogen und Fremdsprachen- und viele weitere Kenntnisse zurückbrachten. St. Gallen sei immer schon eine weltoffene Stadt gewesen. Diese weltoffene Stellung komme auch durch die Deckenmalereien im Kantonsratsaal zum Ausdruck. Herr Locher wünscht den Anwesenden eine weltoffene und fruchtbare Sitzung in der weltoffenen Auslandschweizerstadt St. Gallen.

Herr Eggly dankt für die interessante Einführung. Er erwähnt, dass wie an der letzten Sitzung beschlossen, Interventionen in Englisch möglich seien und diese von Vorstandsmitglied Jean-Paul Aeschlimann übersetzt würden. Der Vorstand beantragt, die Traktandenliste um zwei Punkte zu erweitern (7. Schweizer Revue und 8. SwissCommunity). Herr Eggly bemerkt, dass der Punkt 4 am Nachmittag behandelt wird.

Die Traktandenliste wird mit den erwähnten Änderungen angenommen.

Als Stimmzähler schlägt Herr Wyder Frau Feri-Dubach, Herr Stern und Frau Prutsch vor. Diese werden stillschweigend gewählt.

Herr Eggly begrüsst zwei ASR-Mitglieder, die seit der letzten Sitzung auf vakante Sitze gewählt wurden. Es sind dies Frau Irène Keller-Bachmann aus Costa Rica und Herr Tony Glanzmann aus Kroatien. Weiter informiert er über die Demission von Herrn Eduardo Nüesch aus Paraguay aufgrund dessen Rückkehr in die Schweiz und von Quästor Daniel Jaccard. Er begrüsst Herrn Borer aus Panama im Publikum.

1. Feststellung der Stimmberechtigung / Quorum

Der Rat zählt aktuell 130 Stimmberechtigte, davon sind zu Beginn der Sitzung 91 anwesend. Das verlangte Quorum (ein Drittel oder 44 Stimmen) ist somit erreicht. Der Rat ist beschlussfähig.

2. Protokoll der Sitzung vom 27. März 2010

Das Protokoll wurde den Ratsmitgliedern am 30. April 2010 zugestellt. Eine revidierte Fassung wurde am 13. Juli 2010 zugestellt mit Änderungen unter Punkt 3 (Nachtrag Intervention Begey) und 7/8 (Präzision Sommaruga). Es gibt keine Bemerkungen zum Protokoll. Es wird einstimmig angenommen.

Herr Eggly erklärt das Protokoll damit als genehmigt und dankt der Verfasserin.

3. Bericht des Präsidenten

Herr Eggly geht in seinem aktuellen Rechenschaftsbericht insbesondere auf die folgenden Themen ein:

- Kommunikation (Schweizer Revue)
- E-Voting
- Eidgenössische Wahlen
- SwissCommunity – Online Plattform für Auslandschweizer
- Bericht des Bundesrates über die Auslandschweizerpolitik

*Für den genauen Wortlaut sei auf den gedruckten Bericht des Präsidenten (**Dokument R-2010/9**) verwiesen.*

Herr Lichtenstern begrüsst die Anwesenden und richtet die Grüsse von Botschafter Markus Börlin aus. Er weist darauf hin, dass die wichtigsten Neuigkeiten am nächsten Tag durch Bundesrätin Micheline Calmy-Rey überbracht werden und freut sich über die gute Zusammenarbeit mit der ASO. In Bezug auf die Schweizer Revue bekräftigt er, dass das EDA daran festhalte, die modernisierte Onlineversion allen Berechtigten auf dem elektronischen Weg zuzustellen. Nichtsdestotrotz bestünde weiterhin die Möglichkeit, die Revue in Papierform zu erhalten. Er begrüsst die Entstehung der Online-Plattform SwissCommunity und ist überzeugt, dass sie zur Verstärkung der Bande der Auslandschweizer untereinander und zur Schweiz beitragen wird. Er bestätigt den Entscheid der Bundesrätin, die ASO bei der Besetzung von vakanten Posten von Honorarkonsuln zu konsultieren. Weiter kündigt er an, dass der Bundesrat, auf das Postulat Fehr hin, die Kantone, welche die Auslandschweizer nicht berechtigen, an den Ständeratswahlen teilzunehmen, eingeladen hat, die Möglichkeit der Teilnahme an den Wahlen zu überprüfen. Er freut sich, dass der Bundesrat auf das Postulat Lombardi geantwortet hat und die Perspektive eines Auslandschweizergesetzes in Aussicht stellt. Ebenso begrüsst er die angekündigte Erneuerung des Wahlverfahrens des ASR. Herr Lichtenstern freut sich über die Anwesenheit von Frau Blaha und wünscht eine gute Sitzung.

Frau Blaha informiert über die Auslandsösterreicher, deren Auswanderungsgründe (früher wirtschaftliche Notwendigkeit, NS-Regime, heute Beruf, Familie). Sie erwähnt, dass Österreich kein Konsulargesetz hat. Als Auslandsösterreicher würden alle bezeichnet, die den österreichischen Pass besässen und sich mehr als 3 Monate im Ausland aufhalten würden. Es gebe keine Verpflichtung, sich im Ausland bei einer Vertretung zu melden. Die Daten über die Anzahl Auslandsösterreicher würden auf Schätzungen basieren: Es seien 350'000 erfasst, man gehe davon aus, dass es insgesamt 450'000 seien zuzüglich ca. 100'000 mit Österreich sympathisierende „Herzensösterreicher“. Grösstenteils würden die Auslandsösterreicher in Deutschland, der Schweiz, USA, Südafrika, Australien, Brasilien, Argentinien und Kanada leben. Es gebe ein Projekt zur Registrierung der Österreicher im Ausland in Form einer Online-Datenbank. Allerdings gebe es Probleme in der Umsetzung und beim Datenschutz. Laufende Anliegen / Fragen / Projekte seien: Staatsbürgerschaft, Ausstellung von Dokumenten, Wählen im Ausland, Sozialleistungen, Information über Ausbildung, Netzwerke. Das Wahlrecht für Auslandsösterreicher bestünde seit 1990, E-voting sei in Planung. Die Kommunikation mit den Auslandsbürgern erfolge hauptsächlich per E-Mail, es gebe diverse Homepages mit Ratgeberseiten z.B. zur Teilnahme am politischen Geschehen (Wahlen) und ein 4-Mal jährlich erscheinendes Informationsblatt. Das Pendant der ASO sei der Auslandsösterreicher-Weltbund (AÖWB). Es gebe noch weitere regionale Initiativen für Auslandsösterreicher. Auch für die Auslandsösterreicher sei eine Online-Plattform in Vorbereitung.

5. Direktwahl des ASR

Frau Meyer-Kaelin erinnert die Anwesenden, dass sie sich anlässlich der letzten Sitzung zugunsten eines direkt gewählten Rats ausgesprochen haben. Die Groupe de reflexion habe unter ihrer Leitung darauf hin vertiefter an einem Model gearbeitet (**Dokument R-2010/11**). Sie hebt speziell hervor, dass:

- die in ein Stimmregister Eingetragenen sollen an der Wahl des ASR teilnehmen können,
- die Wahl kostenlos sein soll,
- die Wahlkreise bleiben sollen wie an der letzten Sitzung besprochen,
- die Wahl per E-Voting erfolgen soll,
- keine Diskriminierung aufgrund des Wahlverfahrens entstehen dürfe,
- Information/Kandidaturenaufruf via Schweizer Revue, SwissCommunity, Newsletter erfolgen sollen,
- jeder Kandidat Unterschriften sammeln muss,
- pro Sitzanspruch der Länder 10 Unterschriften gesammelt werden müssen (Frankreich 12 Sitze = 120 Unterschriften pro Kandidat),
- die Dachorganisationen und Schweizervereine eine wichtige Rolle spielen und Verantwortung tragen würden (Kandidaten stellen, fördern, unterstützen, Wahlempfehlungen, Unterschriftensammlung, Wahlkampf),
- die elektronische Auswertung durch das Wahlsystem erfolgen würde, die postalische durch die ASO,
- die Inlandmitglieder weiterhin durch den Rat gewählt würden,
- die Schweizer Parteien auch eine Plattform erhalten sollen.

Frau Meyer-Kaelin informiert, Verfassungsexperte Professor Andreas Auer werde den Entwurf zu einem Auslandschweizer-Gesetz und damit die Modalitäten zur Direktwahl des ASR überprüfen. Sie ist sicher, dass die Direktwahl dem ASR mehr Legitimität bringen und ihn stärken würde.

Frau Etchart wendet ein, dass die Inlandmitglieder wie die Auslandmitglieder gewählt werden müssen. Bei 20 Sitzen müssten pro Kandidat 200 Unterschriften gesammelt werden. Wie, sei fraglich. Auch müsste überprüft werden, dass alle Parteien vertreten seien und es kein Übergewicht einer einzelnen gebe. Die Rolle der Schweizervereine sei nach wie vor unklar. Letztendlich stelle sich ihr die Frage der Finanzierung des neuen Apparats.

Frau Meyer-Kaelin sagt, dass die Inlandmitglieder durch den Rat gewählt würden und so eine Wahl stattfände. Sie sehe keine andere plausible Lösung. Die Schweizervereine hätten die Möglichkeit, Kandidaten zu stellen und diese zu unterstützen, etwa bei der Unterschriftensammlung. Nur würden sie nicht mehr direkt Ratsmitglieder delegieren können. Die Finanzierung sei mit dem Bund zu besprechen.

Herr Eggly wirft ein, dass die Rolle der Schweizervereine gewichtiger sein werde als heute. Ausserdem handle es sich bei der heutigen Wahl teilweise um Kooptationen im kleinen Kreis.

Herr Knoblauch wendet ein, dass der Bund zwar im Besitz der Daten aller Auslandschweizer sei, diese aber nicht der ASO weiterleiten würde. Weiter würden die Kandidaten ihre Wähler nicht kennen. In Australien gebe es keine Dachorganisation. Er ist der Meinung, das heutige Wahlverfahren des ASR genüge.

Frau Meyer-Kaelin sagt, Zielpublikum seien alle Auslandschweizer und Wähler jene, welche in ein Stimmregister eingetragen seien. Der ASR sei Vertreter für alle Auslandschweizer. Seit Jahren werde mehr Legitimität gefordert. Das vorgeschlagene Model komme dem nach.

Herr Begey warnt vor einer zu einseitigen regionalen und politischen Verteilung der ASR-Mitglieder in grossen Ländern.

Frau Meyer-Kaelin kann sich vorstellen, dass es in grossen Ländern noch Unterteilungen der Wahlkreise geben wird. Ausserdem müssten sich die diversen Gruppierungen verstärkt engagieren.

Herr Begey meint, wenn alle Gruppen sich engagieren sollen, diese dann auch im ASR vertreten sein möchten. Gleichzeitig sei es aber schon heute nicht einfach, Kandidaten zu finden.

Herr Weil sagt, eine Politisierung werde automatisch erfolgen, wenn nicht mehr die Vereine die Delegierten wählen würden. Und würden die Inlandmitglieder nicht gleich wie die Auslandmitglieder gewählt, so habe man ein Zweiklassensystem.

Herr Lardi wirft ein, dass in Venezuela 3'000 Schweizer wohnen, jedoch nur 120 stimmen würden. Es müsste daher eine starke Kampagne geführt werden, um die Auslandschweizer dazu zu bewegen, sich einzutragen. Ausserdem stelle sich ihm die Frage nach einer Alterslimite für Kandidaten.

Herr Neuhaus bittet darum, zu berücksichtigen, dass in Saudi-Arabien Vereine verboten sind.

Herr Meyer fragt, wie viele Auslandschweizer im Stimmregister registriert seien.

Herr Martin fragt, wann das neue Wahlverfahren eingeführt werden soll.

Herr McGough sagt, der ASR sei politisch und konfessionell neutral und fragt, ob, wenn politische Parteien vertreten sein würden, die Statuten geändert werden müssten.

Herr Hächler stellt fest, dass in den USA jeder Kandidat 80 Unterschriften vorweisen müsste. Er schlägt vor, dass zwei Empfehlungsschreiben reichen würden.

Frau Meyer-Kaelin ist der Meinung, dass überwacht werden muss, dass der ASR politisch neutral bleibe. Die Wahl der Inlandmitglieder müsse noch überdacht werden. Sie sähe aber nicht, wie die Schweizer Bevölkerung die Inlandmitglieder wählen sollte.

Herr Aeschlimann ist sich bewusst, dass einzelne Punkte schockieren mögen. Das gesamte Model werde jedoch von Konstitutionalisten analysiert und überprüft. Ausserdem werde Hand in Hand mit den Dienststellen des Bundes gearbeitet.

Her Eggly stellt fest, dass die Inlandmitglieder von einer Mehrheit von Auslandschweizern gewählt würden, nämlich dem ASR.

Frau Meyer-Kaelin sagt, dass heute in Venezuela wohl weniger als 120 Personen an der Wahl teilgenommen haben. Weiter ist sie der Meinung, dass dort, wo Vereine verboten seien, die Konsulate eine umso grössere Rolle erhalten würden. Aktuell seien 130'000 Schweizer im Stimmregister eingetragen. Das neue Wahlverfahren könne frühestens im Jahr 2015 eingeführt werden. Sie fügt hinzu, dass sie selbst für den Nationalrat 50 Unterschriften sammeln musste.

Herr Eggly erklärt, dass die weiteren Schritte regelmässig im ASR diskutiert würden. Man befinde sich zurzeit in einem Zwischenstadium. Es sei über nichts abzustimmen.

Herr Aeschlimann fügt an, dass im Jahr 2013 die Erneuerung des ASR wie bis anhin erfolgen wird. Die darauf folgende Erneuerung allerdings im neuen Wahlverfahren stattfinden könnte.

Herr Weil präzisiert, dass er mit seiner Aussage nicht meinte, die Inlandmitglieder seien nicht legitim, sondern dass er nur vorschlagen wollte, die aktuelle Situation zu verbessern.

Herr Eggly dankt für die bisherige Arbeit, im Besonderen den Mitgliedern der Groupe de réflexion.

6. Verfahrensordnung des ASR

Herr Gysin erklärt als Berichterstatter, der ASR brauche für sein Funktionieren eine Ordnung. Das Statut enthalte keine Regeln für das Funktionieren des Rats, jene im Stiftungsreglement seien rudimentär. Bei der vorgeschlagenen Ordnung (**Dokument R-2010/12**) handle es sich um eine Ergänzung. Ziel sei ein flexibler und effizienter ASR.

Herr Knoblauch findet den Entwurf sehr umfassend. Er ist jedoch der Meinung, dass auch abwesende Delegierte sollen stimmen können, sich also vertreten lassen dürfen oder elektronisch äussern können. Weiter beantragt er, dass schriftliche Anfragen schriftlich beantwortet und allen ASR-Mitgliedern zugestellt werden sollen.

Herr Sommaruga wirft ein, es sei eine Illusion, wie ein Parlament funktionieren zu wollen. Die ASO sei eine private Stiftung. Es brauche daher ein präzises Reglement. Er beantragt, dass darin festgehalten ist, dass der ASR jederzeit Arbeitsgruppen einberufen kann und diesen ein spezifisches Mandat zur Bearbeitung übergeben kann.

Herr Lardi findet, dass nebst englischen Wortmeldungen auch solche auf Spanisch möglich sein sollten.

Herr McGough ist dagegen, dass Vollmachten für andere Personen gegeben werden.

Frau Etchart fragt, ob die Beziehung zwischen der Parlamentarischen Gruppe „Auslandschweizer“ und des ASR nicht im Reglement verankert sein sollte.

Herr Rauper findet, in Verfahrensordnung fehle ein Plan, wie Projekte frühzeitig in den Rat gebracht werden sollen, so dass diese besprochen und in die richtige Richtung geleitet werden können.

Herr Neuhaus spricht sich dafür aus, Vollmachten bei Abwesenheit zu erteilen. Es gebe Länder, wo es manchmal unmöglich sei, zu den Sitzungen anzureisen.

Frau Ruchet Bach findet es eine schlechte Idee, zu viele Sprachen im ASR zuzulassen. Es sein fundamental für den ASR, dass in den Landessprachen gearbeitet würde.

Herr Vuillemin gibt zu bedenken, dass man immer auch an die Schweizer im Inland denken müsse. Und diese würden kaum verstehen, wenn im ASR in anderen als in den Landesprachen gesprochen würde.

Zu Art. 3 stellt Herr Lardi den Antrag, dass sich Ratsmitglieder auch in Spanisch ausdrücken können.

Der Rat lehnt den Antrag ab und stimmt dem Artikel wie vorgeschlagen einstimmig zu.

Herr Gysin ist der Meinung, dass man auf diese Frage zu einem späteren Zeitpunkt zurückkommen könne.

Herr Knoblauch beantragt, dass Vollmachten bei Abwesenheit eines Ratsmitgliedes erteilt werden sollen.

Der Rat lehnt den Antrag bei vier Gegenstimmen ab.

Herr Knoblauch stellt den Antrag, dass ein abwesendes Ratsmitglied über Punkte der Tagesordnung im vornherein abstimmen und die Stimme durch den Vorstand in die Sitzung tragen lassen kann.

Der Rat lehnt den Antrag bei drei Gegenstimmen ab.

Herr Knoblauch beantragt zu Art. 9, dass der Vorstand schriftliche Fragen direkt beantwortet und die Antwort allen Ratsmitgliedern zukommen lässt.

Der Rat nimmt den Antrag Knoblauch bei neun Gegenstimmen an.

Herr Sommaruga schlägt als zusätzlichen Artikel folgende Formulierung vor: „Der Rat ist berechtigt, Arbeitsgruppen oder Kommissionen einzusetzen. Dazu formuliert er ein Mandat und wählt die Präsidentin/den Präsidenten und die übrigen Mitglieder.“

Der Rat nimmt den Antrag Sommaruga sowie die vorgeschlagene Formulierung einstimmig an.

Herr Rauper wünscht eine Präzisierung in Bezug auf das Ausarbeiten von Projekten und Resolutionen, um effizienter zu werden.

Herr Gysin ist der Meinung, dass mit der neuen Regelung über Arbeitsgruppen viel Klarheit geschaffen wurde. Er möchte kein zu starkes Korsett mit engen Regeln formulieren.

Herr Sommaruga ist der Meinung, die beschlossenen Modalitäten würden reichen, um gut zu arbeiten und um auf die Frage von Herrn Rauper zu antworten.

Herr Eggly dankt Herrn Gysin für die Vorbereitung der Thematik.

In der Schlussabstimmung akzeptiert der Rat die Verfahrensordnung einstimmig.

4. Skizze zu einem Gesetz für die Auslandschweizer

Herr Eggly informiert, dass die durch Frau Thérèse Meyer-Kaelin präsierte Groupe de réflexion einen Entwurf zu einem Gesetz für die Auslandschweizer ausgearbeitet hat (**Dokument R-2010/10**). Er dankt Herrn Lombardi für dessen Arbeit und auch dafür, mittels seines Postulats den eben erschienen Bundesratsbericht ausgelöst zu haben.

Herr Lombardi unterstreicht, wie wichtig es ist, dass die Auslandschweizer einen festen Platz in der Gesetzgebung erhalten. Es sei erfreulich, nach vielen Jahren der Bemühungen, die Anerkennung des Bundesrates zu haben. Man sei damit jedoch nicht am Ziel, sondern müsse weiter Druck auf den Bundesrat machen und ein Gesetz zuhanden der Auslandschweizer fordern. Herr Lombardi schlägt dem Rat vor, den Gesetzesentwurf Artikel für Artikel durchzugehen.

Titel/Name

Herr Lemeslif schlägt den Namen „Gesetz über die Schweizer in der Welt“ vor.

Frau Etchart bemerkt, dass in diesem Fall auch der Name der ASO an „Organisation der Schweizer in der Welt“ angepasst werden müsste.

Frau Aaroe findet, man sollte von einer „gesetzlichen Grundlage für alle Auslandschweizerfragen“ sprechen.

Herr Lombardi sagt, ein Gesetz sei ein Gesetz. Es müsse „Gesetz“ im Titel stehen.

Herr Guisan findet es nicht gut, den Namen „Auslandschweizer“ zu ändern. Damit sei klar, was gemeint sei. Das Gesetz sei weniger gut eingerahmt, spreche man von „Auslandschweizerfragen“ Auch in der Kommunikation werde es schwierig, wenn der Name gewechselt werden müsste.

Auch Frau Michel ist dieser Meinung. Ihr gefalle „Auslandschweizer“ zwar nicht, sie fände aber keinen besseren. Also solle er besser belassen werden.

Der Rat nimmt den Namen „Auslandschweizergesetz“ bei zwei Gegenstimmen an.

Gegenstand

Herr Cevey sagt, dass man sich vom Wortlaut der Verfassung entferne, wenn man von den „Expatriierten“ spreche.

Herr Lombardi erwidert, im Entwurf sei vom „ständig im Ausland lebenden Schweizer“ die Rede.

Herr Knoblauch bemerkt, der Verfassungsartikel, sei widersprüchlich. Es müsse heissen, der Bund „soll“ und nicht „kann“.

Herr Lombardi teilt die Präferenz, weist jedoch darauf hin, dass dies eine Verfassungsänderung bedinge. Und dies wolle man nicht, abgesehen davon, dass es Jahre dauern würde.

Herr Sommarunga weist darauf hin, dass die „raison d'être“ des ASR nicht im Gesetz erwähnt werde.

Herr Lombardi ist einverstanden, diese Ergänzung zu berücksichtigen.

Herr McGough findet, es müssten auch Hilfe und Förderung von Auslandschweizern und Auslandsschweizerkindern erwähnt werden. Es müsse viel mehr für die Schweizer im Ausland getan werden.

Frau Etchart ist der Meinung, dass das Gesetz nicht nur für die ASO geschrieben sein müsse sondern z.B. auch das Konsularnetz einschliessen solle.

Herr Lombardi sagt, dass die Konsulate das Gesetz natürlich anwenden müssten. Deshalb stehe die ASO in engem Kontakt mit dem EDA.

Herr Bloch fragt, ob das Wort „kann“ geändert werden kann, ohne dass die Verfassung geändert werden muss.

Herr Lombardi verneint. Es gebe jedoch Kann-Bestimmungen in der Bundesverfassung. Dies genüge um Ausführungsbestimmungen zu legitimieren.

Frau Michel ist die Formulierung unter Punkt 3 zu weich. Mobilität solle „gewährleistet“ werden, nicht nur „erleichtert“.

Herr Stucky sagt, „erleichtern“ heisse, der Bund müsse aktiv sein. „Gewährleisten“ sei passiv. Man wolle aber eine positive Haltung ausdrücken. „Erleichtern“ sei „gewährleisten“ vorzuziehen.

Herr Lombardi ist mit dem Argument einverstanden. Er schlägt vor, bei „erleichtern“ zu bleiben und darüber abzustimmen:

Der Rat nimmt den Vorschlag einstimmig an.

Definition

Frau Etchart wirft ein, in den Grenzregionen seien wahrscheinlich 85% Doppelbürger. Diese seien oft nicht immatrikuliert und somit auch nicht im Gesetz eingeschlossen. Im Falle eines Unfalls sei die Schweiz nicht zuständig.

Herr Lichtenstern informiert, dass für die Doppelbürger im Falle eines Unfalls das Wohnland zuständig sei.

Herr Lombardi fügt hinzu, dass das Auslandschweizergesetz nicht die bestehende Gesetzgebung ersetze. Ausserdem wolle die Arbeitsgruppe erreichen, dass sich alle Schweizer im Ausland immatrikulieren.

Herr Begey weist auf einen Orthographiefehler hin.

Herr Weil wünscht ein Gesetz, das Schweizer betrifft, sobald sie in der Schweiz abgemeldet sind und nicht erst, wenn sie in einem anderen Land immatrikuliert sind.

Herr Sommaruga wendet ein, dass aus dem Text hervorgehe, was ein Auslandschweizer sei und damit sei auch klar, dass alle vom Gesetz betroffen seien.

Frau Michel fügt hinzu, die Schweizer im Ausland hätten eine Immatrikulationspflicht. Diese betreffe auch die Doppelbürger. Wer also seine Pflicht erfülle, sei auch im Gesetz eingeschlossen.

Herr Jäggi sagt, in Liechtenstein gebe es weder Botschaft noch Konsulat. Man dürfe bei der Formulierung niemanden ausgrenzen. Oder es müsse eine Vertretung geben.

Herr Lichtenstern sagt, die Vertretung befände sich in Bern. Richtig sei, dass es keine konsularische Vertretung für das Liechtenstein gebe. Es müsste vielleicht einen Honorarkonsul geben.

Der Rat nimmt den Artikel einstimmig an.

Kompetenzen/Federführung

Herr Lombardi erklärt, heute sei jedes Departement in einem gewissen Bereich zuständig für die Auslandschweizer. Ziel sei es, einen einzigen Ansprechpartner zu haben, und zwar das EDA. Dabei gebe es zwei Optionen (Option 1: Verantwortung wird dem EDA übertragen, Option 2: EDA koordiniert die Auslandschweizerpolitik).

Herr Guisan wendet ein, viele Elemente hingen nicht nur vom EDA ab. Es könne Verwirrung und Unverständnis geben, sei alles dem EDA untergeordnet.

Herr Cevey findet die Bemerkung sehr wichtig. Die Gesamtverantwortung könne nicht dem EDA übergeben werden. Das EDA könne lediglich die Koordination sicherstellen. Aus diesem Grund plädiere er für Option 2.

Auch Herr Lichtenstern ist der Meinung, man müsse von Koordination sprechen und nicht von Zusammenlegung der Verantwortlichkeiten.

Herr Küng lehnt Koordination ab. Das EDA habe so keine Kraft und sein nur Antragsteller, die anderen seien die ausführenden Departemente. Verantwortung heisse nicht, dass das EDA alles machen müsse, sondern dass es die Ausführung überwache.

Herr Aeschlimann findet, es sei ein Vorteil, einen einzigen Ansprechpartner zu haben. Er sei für Option 1 mit Präzisierung, dass die Verantwortung beim EDA liege in Konsultation mit den anderen Departementen.

Herr Cevey sagt, es bestehe ein Kompetenzkampf im Bundesrat. Man müsse die vernünftigste Lösung wählen. Wenn der Bundesrat dann der Meinung sei, dass alles beim EDA liegen müsse, so werde es so sein. Im Moment sei es logischer, von Koordination zu sprechen.

Herr Sommaruga ist der Meinung, der Rat solle sich für Option 1 entscheiden. So sei die Botschaft klar. Auch wenn es schlussendlich zu Option 2 komme.

Der Rat entschliesst sich mit 48 Stimmen für Option 1 gegenüber 31 Stimmen für Option 2.

Frau Michel schlägt vor, zu präzisieren, dass die Umsetzung dem EDA übertragen wird. Damit werde die Verantwortlichkeit besser gefestigt.

Herr Lombardi ist der Meinung, dies ändere nichts Substantielles, aber der Text könne noch bearbeitet werden.

Herr Rauper findet, das Hinzufügen von „Umsetzung“ schwäche nur.

Frau Michel meint, in Deutschland hätte es so mehr Gewicht. Eventuell sei dies in der Schweiz aufgrund der Sprachverständnis zwischen der Schweiz und Deutschland anders.

Internationale Präsenz der Schweiz

Herr Begey beantragt, den kulturellen, touristischen und wirtschaftlichen Wert der Auslandschweizer hinzuzufügen. Z.B. von Bordeaux aus werde viel Werbung für die Schweiz gemacht.

Herr Weil meint, sprachlich sei die touristische Beziehung eine andere als die kulturelle.

Herr Lichtenstern ist der Meinung, der Tourismus sei ein Teil der Wirtschaft.

Herr Lombardi fragt, ob über den Antrag abgestimmt werden müsse.

Herr Begey verneint.

Herr Vuillemin wirft ein, der Tourismus bringe viel Geld ein. Man sollte dem Wort „Tourismus“ die Referenz erweisen und es hervorheben und nicht immer nur die Banken.

Herr Lombardi erwidert, wenn man den Tourismus einfüge, dann müsse man auch die Pharmaindustrie und vieles mehr aufzählen. Aber alles gehöre zur Wirtschaft.

Der Rat lehnt den Vorschlag, Tourismus einzufügen, mit grosser Mehrheit bei 6 Gegenstimmen ab.

Herr Schmid wünscht, die Schweizerschulen im Ausland explizit im Artikel aufzuführen. Denn diese seien eine der besten Visitenkarten der Schweiz.

Herr Strahm fragt, wieso der Artikel auf Netzwerke beschränkt sei, die die internationale Präsenz verstärken und nicht auf alle Netzwerke.

Herr Guisan fragt, ob die Ausbildung eingeschlossen worden sei. Wenn ja, müsse man die Schweizerschulen nicht mehr speziell erwähnen.

Herr Lombardi fragt, ob die Ausbildung und/oder die Schweizerschulen eingefügt werden sollen.

Herr Aeschlimann sieht eine Möglichkeit, dies am Ende des letzten Paragraphen einzufügen.

Der Rat nimmt den Artikel bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung an.

Mobilität erleichtern (unterstützen?)

Herr Guisan kommt darauf zurück, ob über die Frage der Ausbildung abgestimmt worden sei.

Herr Lichtenstern sagt, es gebe ein Gesetz über die Ausbildung, welches auch die Schweizerschulen im Ausland einschliesse.

Der Rat stimmt dem unveränderten Artikel betreffend Mobilität einstimmig zu.

Nicht-Diskriminierung

Frau Etchart findet diesen Artikel äusserst wichtig. Es gebe Diskriminierung der Auslandschweizer, z.B. in den Bereichen der AHV oder bei den Krankenversicherungen.

Herr Hächler weist auf die Diskriminierung der in den USA lebenden Schweizer durch die Banken hin.

Herr Lombardi versichert, der Bund mache, was er könne. Aber deshalb könne man auch nicht „gewährleisten“ schreiben.

Herr Eggly fügt hinzu, auch die ASO mache, was sie könne in der Bankenfrage.

Herr Sommaruga sagt, der Text müsse von „Schweizer, die im Ausland wohnhaft sind“ sprechen. So seien alle eingeschlossen.

Der Rat stimmt dem gemäss Vorschlag Sommaruga modifizierten Artikel mit einer Gegenstimme und drei Enthaltungen zu.

Vertretung

Herr Begey betont die Unabhängigkeit der ASO.

Herr Lombardi sagt, die ASO sei kein Organ des Bundes und diesem somit nicht unterstellt.

Der Rat nimmt den Artikel bei drei Enthaltungen an.

Konsultationspflichten

Der Rat nimmt den Artikel bei einer Enthaltung an.

Information

Herr Vuillemin verlangt, dass das EDA einen Qualitätsservice, d.h. Dienstleistungen von legitimer Qualität, gewährleistet.

Der Rat stimmt dem Artikel einstimmig zu.

Betreuung der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer

Frau Michel fragt nach der Möglichkeit, die Honorarkonsule im Gesetz zu verankern.

Herr Cevey möchte vermeiden, „Encadrement“ durch „Service“ zu ersetzen. Allenfalls wäre „Unterstützung“ besser.

Herr Lombardi spricht sich für „assistance“ aus.

Der Rat stimmt dem unveränderten Artikel einstimmig zu.

Frau Ruchet Bach unterstreicht die Wichtigkeit der Newsletter der Vertretungen nebst der Schweizer Revue als Informationsinstrument. Es sei wichtig, dass die Schweizervereine Unterstützung dabei erhalten würden, diese Newsletter zu bekommen.

Herr Lombardi erwidert, solches sei im Gesetz erwähnt, jedoch nicht im Detail. Es sei ein Hinweis auf andere Gesetze sowie den lokalen Institutionen überlassen.

Immatrikulationspflicht

Der Rat nimmt den Text einstimmig an.

Unterstützung der Organisationen, die die gleichen Zwecke verfolgen wie das Gesetz

Herr Lombardi erklärt, dass die bisherige „Soll-Formulierung“ durch eine „Kann-Formulierung“ ersetzt werde.

Herr Rauper sagt, der Bund werde sich gegen die Formulierung „der Bund unterstützt (...) im Rahmen der bewilligten Kredite Organisationen und Institutionen (...)“ wehren.

Herr Engeler beantragt, die Ausbildung der jungen Auslandschweizer insbesondere durch die Schweizer Schulen hinzuzufügen.

Der Rat nimmt den Antrag Engeler einstimmig an.

Der Rat nimmt den Artikel einstimmig an.

Zusammenarbeit mit den Auslandschweizer Institutionen

Frau Michel wünscht, dass für die Suche nach Honorarkonsuln die ASO konsultiert wird und diese in Zusammenarbeit mit Auslandschweizer-Institutionen arbeiten.

Herr Lombardi erwidert, dies sei die Meinung des Artikels. Alles sei inbegriffen.

Frau Etchart fragt, wie die ASO bei der Suche nach Honorarkonsuln vorgehen wolle.

Herr Eggly erklärt, dass das Departement eine Liste kommuniziere und die ASO Vorschläge machen könne. Die ASO konsultiere die Personen vor Ort.

Frau Etchart fragt, ob nicht die Schweizervereine Personen vorschlagen können.

Herr Lombardi erwidert, dies sei nicht das Ziel des Artikels.

Der Rat nimmt den Artikel bei einer Enthaltung an.

Statistik

Der Rat nimmt den Artikel einstimmig an.

Leistungsaufträge

Der Rat nimmt den Artikel einstimmig an.

Herr Stucky stellt einen Rückkommensantrag zum Kapitel Nicht-Diskriminierung. Was beschlossen wurde, gehe nicht. Das verfassungsmässige Nichtdiskriminierungsgebot gelte nicht nur für Immatrikulierte, sondern für sei auf alle Schweizerbürger anzuwenden, also auch Nicht-Immatrikulierte. Das würde die Verfassung total ändern.

Herr Lombardi erklärt, der Artikel sei deshalb angepasst worden und schliesse alle ein, „die im Ausland wohnen“. Nicht nur die immatrikulierten seien erwähnt.

Herr Eggly stellt fest, die Frage sei damit erledigt.

In der Schlussabstimmung nimmt der Rat die Skizze zu einem Gesetz für die Auslandschweizer mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung an.

Herr Eggly dankt Herrn Lombardi für die Vorbereitung der Thematik.

7. Schweizer Revue

Herr Wyder erinnert daran, dass die Schweizer Revue das einzige Kommunikationsmittel ist, das alle Auslandschweizer erreicht. Die Druckauflage sei um 145'000 Exemplare gesunken, weil ein Teil per E-Mail verschickt werde und weil Doppelzustellungen abgebaut worden seien. Dadurch sei eine Kostensenkung erfolgt. Diese reiche aber nicht, um von vier auf fünf oder sechs Nummer zurückzukommen. Deshalb halte der Vorstand daran fest, dass das Budget wieder aufgestockt werde. Es würden Fr. 300'000 fehlen. Die ASO sei entschlossen, im Wahljahr 2011 mindestens eine fünfte Nummer zu publizieren. Weiter verweist Herr Wyder auf Vertriebsschwierigkeiten aufgrund der Umstellung von Papier auf Online. Er ruft die Ratsmitglieder auf, Zustellungsprobleme auf www.swissabroad.ch oder bei einer Vertretung zu melden.

Herr Eggly bekräftigt, die ASO kämpfe weiterhin für die Revue und gebe nicht auf.

Herr Rauper erkundigt sich nach den Resultaten der Umfrage über Vertrieb und Nutzung der Revue.

Frau Stebner weiss, dass mindestens 10% der Anwesenden keine Revue mehr bekämen, obwohl die sich auf swissabroad gemeldet hätten. Sie fragt sich, wie sie als Vereinsvorstehende weiter vorgehen solle.

Herr Eggly bittet Herrn Lichtenstern dem Problem nachzugehen.

Herr Lichtenstern ist der Meinung, dass es Zeit brauche, gerade in der Umstellungsphase. Das EDA mache, was es könne. Bei ungültigen E-Mailadressen würde die Postadresse gesucht und die Revue wieder per Post zugestellt. Es sei auch geplant, wiederum einen Artikel zu publizieren, wie alles funktioniere. Herr Lichtenstern fügt hinzu, dass die Leute nicht nur aufgefordert werden sollen, sich für die Papierversion zu registrieren, sondern auch für die Onlineversion.

Frau Michel weigert sich, das Problem zu bagatellisieren. Plötzlich komme ihre Online-Revue nicht mehr, andere Personen seien gestrichen worden, obwohl weder Post- noch Mailadresse geändert hätten.

Herr Wyder antwortet Herrn Rauper, die Umfrageergebnisse seien kürzlich in einem Newsletter zusammengefasst worden. 10% der Teilnehmer hätten die letzte Revue nicht erhalten, d.h., der Kontakt zu 10% der Leser sei verloren gegangen. Dies sei gravierend. Es bestehe ein gemeinsames Interesse der ASO und des EDA, sämtliche Immatrikulierte mit der Revue zu erreichen, sei dies mit der Papier- oder der Onlineausgabe.

Der Rat beschliesst bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung, weiter für einen für sechs Nummern ausreichenden Budgetkredit 2011/2012 zu kämpfen.

Herr Neuhaus merkt an, das Nichterhalten der Online-Revue könne auch an Spamfiltern oder Browsern liegen. Auch könne es vorkommen, dass ein Mail mit drei Monaten Verspätung ankomme, weil jede Nachricht gefiltert würde.

Herr Lichtenstern verweist auf die Möglichkeit, die Schweizer Revue direkt auf www.revue.ch zu lesen. Er findet ausserdem, es sei besser, vier dickere und gehaltvollere Revues zu erhalten als sechs mit weniger Inhalt.

Herr Eggly schliesst ab, der Rat an der Frühjahrssitzung über den neusten Stand informiert.

8. SwissCommunity

Frau Rustichelli freut sich, dass SwissCommunity seit drei Wochen online ist. Ziel der Plattform sei es, die Auslandschweizer unter sich und zur Schweiz in Kontakt zu bringen. Auch hätten alle Auslandschweizer so die Möglichkeit, direkt die ASR-Mitglieder und die ASO zu kontaktieren. Als Einstieg zeigt sie einen Film, der SwissCommunity ihrer Zielgruppe näher bringen soll. Frau Rustichelli erinnert kurz an das Funktionieren der Seite und lädt alle, die noch nicht Mitglied sind, ein, sich einzuschreiben.

Herr Eggly dankt für die Präsentation und sagt, es werde weiter an der Plattform gearbeitet. Schon bald werde SwissCommunity ein wichtiges Kommunikationsinstrument.

Frau Michel findet, wer sich nicht auf SwissCommunity einschreibe, lebe gleichsam hinter dem Mond. Man treffe auf der ganzen Welt Leute, die man kenne. Je mehr Auslandschweizer dabei seien, desto spannender werde es. Die Plattform habe grosses Suchtpotential. Der Datenschutz sei gewährleistet.

9. Aktuelle Stunde

Herr Eggly kündigt an, dass die Diskussion auf eine halbe Stunde reduziert werden müsse, weil man Verspätung im Zeitplan habe.

Herr Lardi stellt fest, dass die Sitzungen sehr interessant seien. Es sei aber nicht befriedigend, dass immer etwas gekürzt werden müsse.

Herr Eggly ist einverstanden, meint aber, auch wenn mehr Zeit zur Verfügung stünde, wäre es noch zu wenig.

Herr Guisan spricht das Problem der Ausdünnung des Vertretungsnetzes an. Wieder werde ein Abbau von Konsulaten vorgesehen.

Herr Hächler beklagt sich, dass in den ASR-Sitzungen zu viel Französisch gesprochen werde. Es solle mehr Deutsch oder Englisch vorkommen, dann ginge es auch knapp und bündig und man würde Zeit sparen.

Herr Eggly hat Verständnis und wünscht sich ein Gleichgewicht zwischen den Arbeitssprachen.

Frau Michel fragt, wer für die Reisekosten aufkäme, wenn jemand ein zweites Mal zu einem Konsulat anreisen müsse, weil z.B. das Foto für den biometrischen Pass nicht taue.

Herr Lichtenstern kann die Frage nicht beantworten, leitet sie aber weiter. Grundsätzlich müsse der Fall mit der betroffenen Vertretung geklärt werden. Ansonsten müsse allenfalls ein Rekurs in Bern eingereicht werden.

Frau Michel sagt, durch den biometrischen Pass würden Kosten entstehen, die niemand tragen wolle. Auch hier brauche es wohl Zeit, bis alles geklärt sei.

Herr Aeschlimann findet zu den im ASR gesprochenen Sprachen, dass es eine gute Möglichkeit sei, sich in den anderen Sprachen zu üben.

Herrn Guisan schlägt er vor, die Frage der Konsulate am nächsten Tag Bundesrätin Calmy-Rey zu stellen.

Frau Fenske fragt, wie es sich in Österreich mit dem biometrischen Pass verhalte.

Frau Blaha antwortet, dass Personen ebenfalls von weit anreisen müssten, um Daten abzugeben. Also würden Honorarkonsulate und Konsulate eingerichtet, damit Daten vor Ort erhoben werden könnten. Auch gebe es ambulante Maschinen, mit welchen man in die Städte reisen könne.

Herr Eggly stellt fest, dies seien wichtige fortschrittliche Ideen für die Schweiz, nach welchen die ASO auch schon gefragt habe.

Frau Michel weiss, dass mobile Konsulate für die Schweizer zur Zeit nicht vorgesehen seien, da die Apparate zu teuer seien. Z.B. sollte jedoch mit den deutschen Behörden zusammengearbeitet werden. So könnten Daten vor Ort erfasst und an die Schweizer Behörden übermittelt werden.

Herr Lichtenstern verspricht, die Anregungen weiterzuleiten.

Frau Ruchet Bach sagt, auch in Spanien gebe es Probleme mit der konsularischen Betreuung. Das Konsulat in Bordeaux sei geschlossen worden. In Nordspanien gebe es genug Schweizer, um ein Konsulat zu rechtfertigen – warum nicht grenzüberschreitend mit Westfrankreich? Für ASR-Mitglied sei es schwierig, weil die Leute denken, man habe einen direkten Einfluss auf solche Fragen. Sie würden nicht verstehen, wenn sie nicht antworten könne. Es gebe häufig Verwechslungen zwischen den Konsulaten, den ASR-Mitgliedern und der ASO. Hier müsse Klarheit geschaffen werden.

Herr Martin sagt, dass für die Afrikaschweizer E-Voting unbefriedigend sei, weil alle, ausser jenen in Südafrika, aufgrund des Wassenaar-Abkommens ausgeschlossen wären. Ausserdem gebe es keine Transparenz über das E-Voting-System. Es sei geheim, wie es funktioniere.

Herr Eggly weiss, dass vorderhand nicht die ganze Welt abgedeckt werden könne. Dieses Problem werde noch gelöst. Alle Auslandschweizer müssten Zugang erhalten, sei es elektronisch oder auf brieflichem Weg.

Herr Ringger sagt, es werde immer über den Pass gesprochen, aber plötzlich brauche es auch für die Identitätskarte biometrische Daten. Dies sei Unsinn und sehr umständlich.

Frau Fenske sagt, dass man in Deutschland einen Ausweis erhalten könne, mit dem man durch ganz Europa reisen könne.

Herr McGough ist zufrieden mit dem Service des Konsulats in Ungarn. Und die Österreicher seien sehr fortschrittlich und hilfsbereit gegenüber ihren Landsleuten.

Herr Engeler weist darauf hin, dass 20% der Schweizer in Italien sich nicht an einem Tag eine ID beschaffen können. Eine neue ID koste sie deshalb rund 700 Euro.

Herr Lichtenstern hat festgestellt, dass es manchmal gar keine Einwände der betroffenen Auslandschweizergemeinden gegen Schliessungen von Konsulaten gebe.

Herr Eggly erwidert, dass es nach Jahren des Abbaus oft zu Resignation komme.

10. Auslandschweizer-Kongress 2011 – Wahl des Themas

Herr Eggly informiert, der nächste Kongress finde vom 26. bis 28. August 2011 im Tessin statt und zwar in Lugano oder in Locarno. Als Tagungsthema schlage der Vorstand dem Rat „direkte Demokratie im internationalen Kontext“ vor.

Der Rat stimmt dem Thema einstimmig zu.

11. Anerkennung von Schweizervereinen

Gemäss Dokument **R-2010/13** steht die Anerkennung des "Schweizer Vereins Ulm/Neu-Ulm" an.

Herr Eggly erklärt, dass der Antrag den reglementarischen Normen entspricht und empfiehlt die Anerkennung.

Der Verein wird gemäss den Empfehlungen des Vorstandes einstimmig anerkannt.

12. Verschiedenes

Herr Eggly macht die Ratsmitglieder darauf aufmerksam, dass die Ratsmitgliederseite auf www.aso.ch neu gestaltet wurde und lädt ein, diese anzusehen. Er bittet all jene, die ihr Foto, Heimatkanton und E-Mailadresse dem Sekretariat noch nicht zugestellt/angegeben haben, dies nachzuholen.

Die **nächste Sitzung des Auslandschweizerrates** findet am **Freitag, 8. und Samstag, 9. April 2011** in Brunnen anlässlich des 20-Jahr-Jubiläums des Auslandschweizer-Platzes statt. Herr Eggly bittet darum, beide Tage zu reservieren, da der spezielle Ablauf mit Rahmenprogramm noch in Arbeit ist. Informationen würden bald folgen.

Der Präsident dankt den Vertretern des Kantons St. Gallen, den Vertretern des EDA, Frau Brigitta Blaha, den Medien, den Gästen, dem Publikum, den Übersetzerinnen, dem Team der Geschäftsstelle sowie den Mitgliedern des ASR für deren Präsenz und Engagement.

Die Sitzung wird um 16.45 Uhr geschlossen.

Die Protokollführerin: Anna Diezig

